

# Ein Bonus für Salzburgs Bürgermeister

Nur jeder zehnte Bürgermeister wurde bei der Gemeinderatswahl im Jahr 2019 abgewählt. Bei der Wahl am 10. März in Salzburg können viele Ortschefs auf einen Amtsinhaberbonus hoffen.

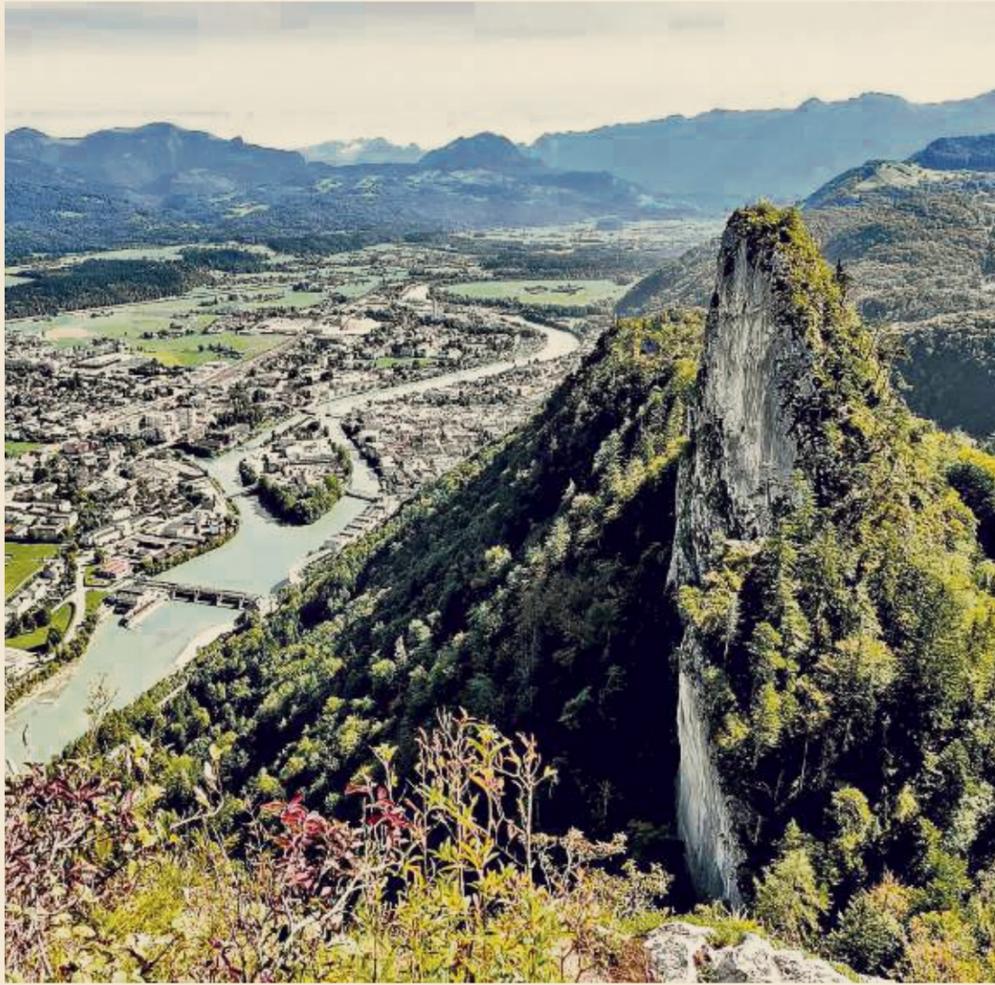
Max Stepan

Wenn am 10. März die Salzburgerinnen und Salzburger bei der Gemeinderatswahl ihre Stimme abgeben, werden nicht nur 119 Ortsparlamente neu gewählt, sondern auch 119 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen von der Bevölkerung direkt bestimmt. Die amtierenden Bürgermeister dürfen sich gute Chancen ausrechnen, dass sie auch weiterhin im Amt bleiben.

Sie können auf einen Amtsinhaberbonus hoffen, betont der Politologe Armin Mühlböck von der Universität Salzburg: „Bei der letzten Wahl im Jahr 2019 ist es einem Großteil der Bürgermeister gelungen, ihren Posten zu verteidigen.“ Nur jeder und jede zehnte Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister, der oder die wieder angetreten ist, musste 2019 den Schreibtisch räumen. Bei der Wahl davor im Jahr 2014 waren es gar 98 Prozent, die wiedergewählt wurden. Doch warum hat die Opposition so wenig Chancen auf das Bürgermeisteramt?

Zeit spiele laut Mühlböck für die Bürgermeisterinnen eine wichtige Rolle. Je länger ein Bürgermeister im Amt sei, desto stärker falle der Bonus aus. Der Bürgermeister könne sich nämlich in der Zeit bis zur nächsten Wahl etablieren – etwa mit politischen Maßnahmen, die von der Bevölkerung gut angenommen werden. Die Bürgermeisterin sei zudem auch die zentrale Politfigur im Ort – sie ziert Bilder in der Gemeindezeitung, ist das Sprachrohr der Gemeinde und erste Ansprechpartnerin für Anliegen aus der Bevölkerung. „Macht der amtierende Bürgermeister also nichts gravierend falsch und ist im Ort präsent, ist es für die Herausforderer somit sehr schwer, das Amt zu gewinnen“, betont Mühlböck.

Das wissen die politischen Verantwortlichen und gehen deshalb bei einem anstehenden Bürgermeisterwechsel behutsam vor. Gängige Praxis ist es, mitten in der Legislaturperiode einen Wechsel zu vollziehen, um dem neuen Ortschef Zeit zu geben und sich einen Bonus für die Wahl aufzubauen.



In Hallein konnte die SPÖ bei der Wahl im Jahr 2019 den Bürgermeistersessel zurückgewinnen.

Die Mehrheitswahl – also die Wahl, bei der jener Kandidat mit der absoluten Mehrheit an Stimmen gewinnt – sei ebenfalls ausschlaggebend für den Amtsinhaberbonus. „Denn die Mehrheitswahl ist im hohen Grade eine Personenwahl“, betont Mühlböck. Wichtiger ist also die Person und nicht die Partei, für die sie antritt. Als zentrale Politfigur im Ort spiele das den Bürgermeisterinnen ebenfalls in die Karten.

Eine Parteideologie sei erst auf Landes- und Bundesebene von Bedeutung – „in den Gemeinden zählt die Person, die an der Spitze steht“,

erklärt Mühlböck. Neben den direkten Bürgermeisterwahlen in sechs Bundesländern ist in Österreich einzig noch die Bundespräsidentenwahl eine Mehrheitswahl. Und auch der Bundespräsident geht mit einem starken Amtsinhaberbonus ins Rennen. Das zeigt sich auch darin, dass bislang kein Bundespräsident in der Zweiten Republik abgewählt wurde.

## Chance für Opposition

Ernstere Chancen auf einen Wechsel an der Ortsspitze könne sich die Opposition nur dann ausrechnen,

wenn die Bürgermeisterpartei und ihre Politik im Ort unbeliebt seien. „Hat die Opposition noch dazu einen starken Spitzenkandidaten, stehen die Chancen gut, dass es zu einem Wechsel kommt“, erklärt Mühlböck.

Als Beispiel nennt der Politologe etwa Hallein: Seit dem Zweiten Weltkrieg hatte die zweitgrößte Stadt Salzburgs einen sozialdemokratischen Bürgermeister. Das änderte sich 1998, als die ÖVP erstmals das Bürgermeisteramt übernahm. Grund waren finanzielle Schwierigkeiten der Gemeinde, und die SPÖ

wurde dadurch zunehmend unbeliebter. Das konnte die ÖVP nutzen. Anschließend war Christian Stöckl 14 Jahre lang ÖVP-Bürgermeister von Hallein, bis er in die Landespolitik wechselte. Seine Nachfolger konnten aber nicht derart überzeugen wie Stöckl. 2019 konnte die SPÖ die Stadt wieder zurückgewinnen. „Damit die Opposition eine Chance hat, braucht es meistens eine Schwäche der Bürgermeisterpartei. Ansonsten wirkt der Amtsinhaberbonus zu stark“, betont Mühlböck.

## Interner Streit

Auch in Bruck an der Großglocknerstraße konnte die ÖVP bei der Wahl 2019 Schwächen der SPÖ nutzen und nach 30 Jahren wieder den Bürgermeistersessel zurückgewinnen. Interne Streitigkeiten innerhalb der SPÖ hätten laut Mühlböck dazu geführt, dass die ÖVP die Wahl für sich entschied und die Sozialdemokraten leer ausgingen. Dienten am Hochkönig sei wiederum ein Beispiel für eine kleine Gemeinde, wo sich der Bürgermeister lange halten kann. Dort ist Klaus Portenkichner (SPÖ) seit mehr als zehn Jahren an der Ortsspitze, sein Vorgänger Jakob Bürgler (SPÖ) war davor 24 Jahre lang im Amt. In St. Johann im Pongau, wo Langzeitbürgermeister Günther Mitterer (ÖVP) nicht mehr antritt, erhofft sich die SPÖ erstmals einen Wahlsieg. Die ÖVP entschied sich in der 11.000-Seelen-Gemeinde nicht dafür, den Wechsel an der Ortsspitze vorzeitig zu vollziehen.

## Seltene Stichwahl

Sollte es bei der Bürgermeisterwahl knapp werden und kein Kandidat oder keine Kandidatin die absolute Mehrheit der Stimmen bekommen, kommt es zu einer Stichwahl. 2019 gab es nur in elf von 119 Gemeinden einen zweiten Wahl-durchgang bei der Bürgermeisterwahl. In acht von elf Gemeinden konnte der Amtsinhaber seinen Posten in der Stichwahl verteidigen, in drei Kommunen gewann die zweitplatzierte Partei: in Oberalm, Mattsee und Zell am See.

# Zwei Brücken über Gleise sollen Lücken im Radnetz der Stadt schließen

Vor der Wahl gibt es ambitionierte Pläne für den Radverkehr in Salzburg, zuletzt wurden Projekte jedoch aufgeschoben

Stefanie Ruep

Menschen, die ihre täglichen Wege in Salzburg mit dem Fahrrad zurücklegen, sind eine nicht zu unterschätzende Wählergruppe. Das wissen auch die Stadtpolitiker, die um Stimmen für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl am 10. März werben. Denn in Salzburg werden schließlich 23 Prozent aller Wege mit dem Rad zurückgelegt. Dass im Vorfeld von Wahlen viele Versprechen gegeben werden, die nach der Wahl nicht immer eingehalten werden, ist auch bekannt. Doch die Pläne für den Radverkehr, die nun plötzlich auch von der ÖVP unterstützt werden, sind schon erstaunlich: Zwei Brücken sollen vom Stadtteil Gngl über Schallmoos bis nach Itzling über die Eisenbahngleise führen.

Der Stadtteil Schallmoos ist quasi umzingelt von Zuggleisen. Ausfahren kann man nur nach Süden Richtung Altstadt, eine direkte Verbindung zum zentralen Salzachradweg fehlt. Derzeit müssen die Schienen großräumig umfahren werden.

Auch Gngl ist nicht ans Radwegnetz angeschlossen, nachdem beim Neubau der Eichstraßenbrücke kein Radweg eingeplant war.

Mit zwei Schwebelücken für Radfahrerinnen und Fußgänger über die Zuggleise könnten beide Probleme gelöst werden. Die grüne Bürgerliste hat diese Verbindung auch im Wahlprogramm stehen und bereits ein Modell erstellen lassen. Doch auch die ÖVP, die die letzten zehn Jahre für das Verkehrsressort zuständig war, kann sich vorstellen, diese Brücken umzusetzen. In einer Befragung der Radlobby an alle Parteien nennt sie die Brücken als zentrales Radwegprojekt. Das sind neue Töne.

## Koordinator abgeschafft

Salzburg galt einmal als Fahrradhauptstadt Österreichs. Nach nunmehr fünf Jahren ÖVP-Verkehrspolitik ist dieser Titel jedoch nur noch die Hülle seiner selbst. Lange versprochene Infrastrukturprojekte wurden unter der schwarzen Ressortleitung immer weiter verschoben, ein Leihradsystem hat Salzburg

immer noch nicht, und die Position des städtischen Radwegekordinators wurde einfach abgeschafft. Der Salzburger Hauptbahnhof ist de facto nicht mit einem durchgehenden baulichen Radweg mit der Altstadt verbunden. Dieser scheiterte ebenso an der ÖVP, weil dafür 15 Parkplätze hätten aufgelassen werden sollen.

Die Radlobby Salzburg, die seit Jahren auf die Versäumnisse hinweist, hat an die wahlwerbenden Parteien einen Katalog mit Fragen gerichtet, wie sie den Radverkehr in der Stadt in der Zukunft gestalten wollen. Fünf Parteien haben geantwortet, die FPÖ hat sich auf die Anfrage nicht zurückgemeldet.



Eine Brücke für Radfahrer soll über den Zuggleisen schweben.

Einig sind sich die politischen Konkurrenten darin, das seit mehr als einem Jahrzehnt versprochene Radverleihsystems S-Bike endlich umzusetzen. Auch der Forderung nach einem Lückenschluss im Radwegnetz und baulich vom Autoverkehr getrennten Radwegen schließen sich alle Fraktionen an. Gleiches gilt für Maßnahmen für mehr Sicherheit von Kindern, Jugendlichen und Seniorinnen und Senioren beim Radfahren. SPÖ, Bürgerliste, Neos und KPÖ Plus wollen auch wieder eine koordinierende Rad-Taskforce im Magistrat schaffen.

Die Bürgerliste will zudem das Radverkehrsbudget von zwei Millionen auf fünf Millionen Euro pro Jahr erhöhen. Die Kommunisten sprechen sich für eine Verdoppelung der Mittel aus. Die ÖVP hält hingegen zwei Millionen Euro für ausreichend, die Neos wollen lieber Sonderbudgets beschließen, die SPÖ mit Kultur- und Mobilitätsseuros über die Ortstaxe mehr Geld für die Mobilität lukrieren.

Übrigens: Das Potenzial für mehr Radverkehr sei in Salzburg aufgrund

der kurzen Distanzen und keiner nennenswerten Steigungen hoch, sagt Mobilitätsforscher Harald Frey von der TU Wien. 40 Prozent der zurückgelegten Wege in der Stadt seien kürzer als 2,5 Kilometer, 70 Prozent kürzer als fünf Kilometer – sie wären also ideal mit dem Fahrrad zu erledigen. Dafür brauche es aber eine Erhöhung des Radwegbudgets. 30 Euro sollten Städte laut Fachmeinung pro Jahr und Einwohner für den Radverkehr ausgeben – in der Stadt Salzburg sind es derzeit zwölf Euro. Salzburg liegt also weit hinter seinen Möglichkeiten.

Die Radlobby fordert vom nächsten Gemeinderat daher ein „ehrgeiziges wie realistisches“ Radprogramm, mit dem in den nächsten zehn Jahren ein Radverkehrsanteil von 35 Prozent erreicht werden soll. Eckpunkte sind etwa ein Rad-Sonderbudget von 40 Millionen Euro, eine Rad-Taskforce im Magistrat sowie eine sichere Anbindung an das Radwegnetz für alle Schulen und Einkaufszentren, jeden größeren Betrieb sowie jeden Stadtteil und jede größere Siedlung.